

Antrag

der Abgeordneten Halina Wawzyniak, Ulrich Maurer, Jan Korte, Dr. Dagmar Enkelmann, Michael Leutert, Wolfgang Neskovic, Jens Petermann, Raju Sharma und der Fraktion DIE LINKE.

Parteien-Sponsoring im Parteiengesetz regeln

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Entwurf zur Änderung des Parteiengesetzes einzubringen, mit der Maßgabe,

1. dass im Rahmen der Regelungen des § 25 des Parteiengesetzes (ParteiG) über Parteispenden das Partei-Sponsoring von Parteien und Parteimitgliedern untersagt wird;
2. bei diesen Änderungen eine Definition des Sponsorings einzuführen, die diese Art von Unterstützung scharf von Spenden unterscheidet und deutlich macht, dass Sponsoring eine Geschäftsbeziehung begründet, die politische Arbeit kommerzialisiert und demokratische Regeln des Zugangs zu Politik sowie zu Politikerinnen und Politikern durch wirtschaftliche ersetzt;
3. bei den Änderungen zu berücksichtigen, dass solche Geschäftsbeziehungen wie sie das Sponsoring darstellt, grundsätzlich die Grenzen zwischen Parteien, Personen und Institutionen des Staates verwischen.

Berlin, den 2. März 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Die jüngsten Veröffentlichungen über Geldforderungen für Gespräche mit den Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und Stanislaw Tillich und die Einnahme von Geldern für Stände auf Parteitagen der CDU haben eine Gesetzeslücke offenbart, die dringend geschlossen werden muss.

Diese Gesetzeslücke wurde bereits vor einigen Jahren von Juristinnen und Juristen kritisiert und eine Regelung angemahnt. Bislang ignorierte die Politik aber diese Kritik.

Die jüngsten Vorfälle zeigen, dass Politikerinnen und Politiker sowie Parteien davon ausgehen, dass sie für die Selbstverständlichkeit, ihre Aufgaben zu erfüllen, unter anderem nämlich an der Willensbildung der Bevölkerung mit-

zuwirken, gleichzeitig ein Anrecht auf Bezahlung durch Sponsoren erwerben. Dies stellt den Auftrag der Parteien nach den Artikeln 20 und 21 des Grundgesetzes, nachdem die Staatsgewalt von der Bevölkerung ausgeht, auf den Kopf.

Die Ereignisse in Nordrhein-Westfalen und Sachsen haben darüber hinaus gezeigt, dass ein Verbot des dem Sport-Sponsoring nachgebildeten Politik-Sponsorings nicht durchsetzbar sein wird, wenn die Grenzen zwischen Parteien, Personen und Ämtern nicht neu gezogen werden. Einer Umgehung eines Parteien-Sponsorings mittels staatlicher Funktionen muss deshalb ebenfalls ein Riegel vorgeschoben werden.

Um dem weit verbreiteten Eindruck der Käuflichkeit der Politik entgegen zu wirken, muss ein Verbot von Sponsoring gesetzlich geregelt werden. Freiwillige Vereinbarungen der Parteien sind kein wirksames Mittel, um der vorrangigen Beeinflussung von Lobbyverbänden und Wirtschaft auf Entscheidungsprozesse in der Politik entgegenzuwirken.